Energie

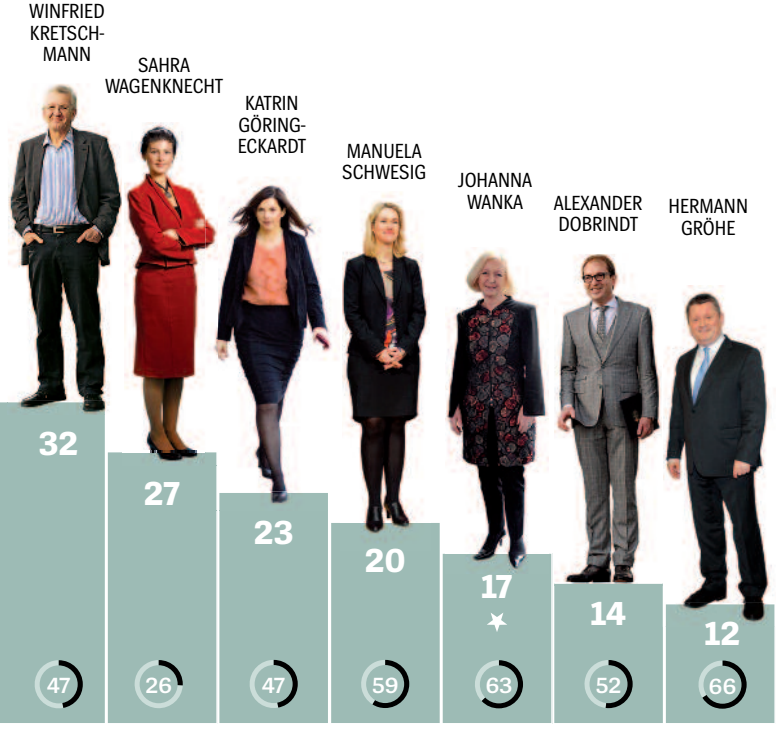
Planungschaos bei Offshore-Windparks

Für die deutschen Offshore-Windparks wird schon in wenigen Jahren zu viel teure Netzkapazität zur Verfügung stehen. Das geht aus Berechnungen des Bremerhavener Marktforschungsinstituts Windresearch hervor, das eine Überkapazität im Jahr 2020 von ein bis zwei Gigawatt prognostiziert. „Im schlimmsten Falle könnten sogar überschüssige Netzanschlüsse von fünf Gigawatt bereitstehen“, so Windresearch-Analyst Dirk Briese. Als Grund nennt er Probleme beim Bau von Windparks, aber auch die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, mit der der Ausbau von Offshore-Windparks von zunächst 10 Gigawatt auf 6,5 Gigawatt bis 2020 reduziert wird. Die Kosten der nicht benötigten Anschlüsse werden dabei den Stromkunden über die Netzentgelte in Rechnung gestellt. „Wenn man hier nicht zügig gegensteuert, hat man schnell mehrere Milliarden Euro in den Sand gesetzt“, warnt die Grünen-Abgeordnete Bärbel Höhn.“ gt

FOTOS: PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF (O.); STEFAN BONESS / IPON (U.)

Viel Vertrauen in Merkel

Das Ringen um den EU-Kommissionspräsidenten hat Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht geschadet – im Gegenteil. Die Bürger erwarten vor allem von ihr, dass sie auch künftig eine wichtige politische Rolle spielt. Abwärts geht es mit der bisweilen als Merkel-Nachfolgerin genannten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen.



NSA

Eigene Ermittlungen

Das US-Telekommunikationsunternehmen Verizon, auf dessen Dienste die Bundesregierung künftig verzichten will, ist derzeit auch für das Bundesarbeitsministerium tätig. Dort wartet es die Sicherheitstechnologie RSA-Token, die die Kommunikation im Ministerium schützen soll. Der Vertrag mit der deutschen Verizon-Tochter gilt noch bis Ende November. Die US-Regierung hatte Verizon verpflichtet, mit dem Geheimdienst NSA zu kooperieren. Damit scheint die Sicherheit der internen Kommunikation in der Behörde von Ministerin Andrea Nahles (SPD) in zweierlei Hinsicht gefährdet: Denn auch die Firma RSA, die die Sicherheitstechnologie vertreibt, hat jahrelang mit der NSA zusammengearbeitet. Das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages (PKGr) wird mit einer eigenen Ermittlungsgruppe den NSA-Skandal beleuchten. Das Gremium will sich künftig nicht mehr nur in geheimer Runde Vorträge der deutschen Geheimdienstchefs anhören. Vielmehr wollen die Mitglieder, unterstützt von einer siebenköpfigen Ermittlungsgruppe, nun selbst die Zentralen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes aufsuchen, Akten einsehen und Mitarbeiter befragen. So soll die Praxis des Bundesnachrichtendienstes, Informationen aus der Fernmeldeaufklärung an US-Dienste weiterzuleiten, auf den Prüfstand. Die Behörde beteuert, vor der Weitergabe würden Daten deutscher Staatsbürger herausgefiltert. „Sachverständige zweifeln daran, dass das technisch ohne Weiteres möglich ist, und diese Zweifel teile ich“, sagt der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele. fis, gud, jös, mba

Grüne

Wurzeln pflegen

Grüne Feministinnen befürchten Rückschritte bei frauenpolitischen Positionen in der eigenen Partei. „Wir Grüne dürfen nicht hinter das Erreichte zurückfallen“, sagt die frauenpolitische Sprecherin der Partei, Gesine Agena. „Trotz der Wahlniederlage im vergangenen Herbst müssen wir den Mut haben, Strukturreformen etwa beim Ehegattensplitting anzugehen.“ Agena warnt vor einer „drohenden Überängstlichkeit“ der Grünen. Diese könnte dazu führen, dass sich die Partei bei gesellschaftlich kontroversen Themen zu stark dem Mainstream anpasse. Gerade was die Abschaffung des Ehegattensplittings betrifft, gebe es eine Tendenz des Zurückruderns: „Die Gefahr ist, dass wir unglaubwürdig werden.“ Auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katja Dörner bangt um ihre Partei: „Wir müssen unsere frauenpolitischen Wurzeln pflegen“, sagt Dörner, „so wichtig die Energiewende ist, für die Identität der Grünen ist es auch zentral, Motor beim Thema Gleichstellung zu sein.“ abe

Agena